S3-169 Satzung für die GRÜNE JUGEND Sachsen

Antragsteller*in: Johannes Brink (Mittelsachsen KV)

Änderungsantrag zu S3

Nach Zeile 169 einfügen:

§8a Urabstimmung ↑

1. Die Urabstimmung dient der basisnahen Legitimation kurzfristiger Entscheidungen zwischen den Landesmitgliederversammlungen. Sie findet digital auf der Webseite der GRÜNEN JUGEND Sachsen, oder postalisch statt.
2. Die Durchführung einer Urabstimmung erfolgt auf Grundlage eines Beschlusses des Landesvorstandes mit einfacher Mehrheit, Beschluss einer Ortsgruppe oder eines Begehren von 5% der Mitglieder. Jedes Mitglied des Landesverbandes kann jederzeit einen Antrag auf Urabstimmung an den Landesvorstand stellen, der innerhalb von 14 Tagen behandelt werden muss. Der Landesvorstand beschließt außerdem die Dauer der Abstimmung, die jedoch nicht weniger als 24 Stunden und höchstens 72 Stunden betragen darf. Bei Finanzentscheidungen hat die Dauer der Abstimmung immer 72 Stunden zu betragen. Eine Ladungsfrist besteht nicht. Die Information über geöffnete Abstimmungen ergeht via der in der Mitgliederverwaltung hinterlegten Mailadresse. Für postalische Urabstimmungen beträgt die Dauer immer 21 Tage.
3. Abstimmungsergebnisse werden erst veröffentlicht, wenn die Abstimmung beendet ist, um Abstimmende nicht zu beeinflussen. Abstimmungsfristen können nach Beginn der Abstimmung nicht nachträglich verlängert werden. Das Abstimmungsergebnis wird unmittelbar anschließend an das Ende der Abstimmung veröffentlicht. Weitere Daten der Abstimmung sind für eventuelle Manipulationsnachweise fünf Jahre zu speichern. Datenschutzrechtliche Unbedenklichkeit muss hierbei durch die Verantwortlichen der Mitgliederverwaltung sicher gestellt werden. Bei berechtigtem Verdacht auf Manipulation einer Abstimmung kann der Landesvorstand mit 2/3-Mehrheit diese für ungültig erklären. Die Abstimmung muss dann innerhalb von zwei Wochen wiederholt werden.
4. Eine Abstimmung ist nur dann gültig, wenn mindestens 8 Mitglieder der GRÜNEN JUGEND Sachsen innerhalb der Abstimmungsfristen daran teilgenommen haben.
5. Personenwahlen und Satzungsänderungen können nicht per Urabstimmung durchgeführt werden. Finanzentscheidungen können in einer Höhe bis 1000 Euro getroffen werden.

Begründung

bisher besitzen wir als Landesverband keine Möglichkeit der Urabstimmung. Es ist diskutabel, wenn wir uns eh eine neue Satzung geben.